

Pressemitteilung

Reform des Kinderzuschlages verfehlt - Kinder bleiben in Armut

Die groß angekündigte Reform des Kinderzuschlages hat die erhofften Erwartungen bislang nicht erfüllt. „Die Abschaffung der Befristung des Kinderzuschlages - bisher 36 Monate – ist zwar begrüßenswert, doch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Elisabeth Bußmann, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) heute in Berlin. „Eine Erhöhung des Kinderzuschlages um 10 Euro in Verbindung mit einem Wegfall der bisherigen Einkommensuntergrenze und einer verminderten Anrechnung von Einkommen sind notwendige Maßnahmen einer wirksamen Reform des Kinderzuschlages“ so Bußmann weiter.

Damit würde die Zahl der in Armut lebenden Kinder zurückgehen. Laut Bundesagentur für Arbeit sind deutlich mehr als 2,2 Millionen Minderjährige im SGB-II-Leistungsbezug und leben demnach in Armut. Die AGF verweist auf ihre Eckpunkte zur Reform des Kinderzuschlages.

Bußmann wies jedoch darauf hin, dass der Kinderzuschlag lediglich *ein* Instrument zur Bekämpfung von kindbedingter Armut sei. „Kinderarmut hat viele Ursachen und deswegen bedarf es eines zielgerichteten Maßnahmenbündels“, so die Vorsitzende der AGF.

In der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e.V. sind der Deutsche Familienverband (DFV), die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), der Familienbund der Katholiken (FDK) und der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (vamv) zusammengeschlossen.

Berlin, 11. Januar 2008